

Freitag den 18. Januar 1907.

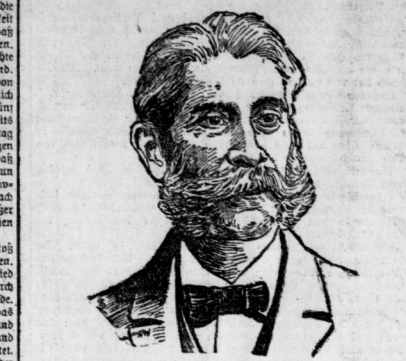
Das Erdbeben in Kingston.

Die Katastrophe auf der Insel Jamaica, über die wir bereits meldeten, übertrifft nicht nur die Zahl der Verwundeten...

In die Stadt, die nach etwa 15 Minuten aus ihren Zügen verdrängt wurde...

Das Meer betrat eilen. Er wurde deshalb zu 10 Tagen wegzug...

Wohl unter dem Einfluß des ersten Schreckens, der durch den Erdstöß hervorgerufen wurde...



Von Direktor Ernst Siller.

Schon fast mehr als zwanzig Jahre erzieute er sich für allgemeinen Ver...

Der Fall der Treppeneinsturzung zu folgen? Der Senat...

Verantwortlich. Der Fleischermeister Otto Reichardt...

Der Fall. Am 9. November hat den Landeshauptmann Kurt...

In angeregtem Zustande kam der Arbeiter Freund...

Eine folgenschwere Verlesung. Am 13. August traf der...

Am 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

Am 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

Am 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

Am 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

Am 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

Am 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

Am 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

Am 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

Am 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

Das englische Parlament hat seiner vom Gouverneur von Jamaica...

Nach einem durch ein Erdbeben hervorgerufenen Ausbruch...

Kleine Chronik.

* Berlin, 16. Januar. (Am Brunnenkranke ist doch ver...

* Berlin, 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

* Berlin, 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

* Berlin, 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

* Berlin, 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

* Hensburg, 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

* Hensburg, 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

* Hensburg, 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

* Hensburg, 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

* Hensburg, 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

* Hensburg, 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

* Hensburg, 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

* Hensburg, 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

* Hensburg, 16. Januar. (Ein Raubmord). Bei einer Feldbahnführung...

Briefkasten des „General-Anzeiger“.

(Jeder Anfrage muß die Romankurteilung beigefügt sein — Anfragen...

* A. S. in R. Sie müssen für eine Doppelbogen-Bestellungkarte...

* G. S. in R. Umso Genaues können wir Ihnen in dieser Sache nicht...

* S. S. in R. Die Sie durch Verjährung ein Verbot mit Ihrem...

Gerichts-Zeitung.

Erstinstanz.

* Ein Schindler. Der Buchhändler Oswald Richter aus Leipzig...

* Verurteilung. In Sachen des Angeklagten wurde der Geschädigte...

* Verurteilung. In Sachen des Angeklagten wurde der Geschädigte...

Schöffengericht. Halle, 16. Januar.

* Verurteilung. In Sachen des Angeklagten wurde der Geschädigte...

An die Reichstagswähler in Halle und dem Saalkreis!

Gegen die Sozialdemokratie! • • Für die Arbeiter!

Arbeiter! Laßt Euch nicht betören von den Aposteln der Sozialdemokratie. Sie möchten Euch einreden, daß alle bürgerlichen Parteien samt und sonders Volksverräter sind, und daß nur die Sozialdemokratie allein Eure wahre Freundin ist. Das ist eitel Lug und Trug.

Was die Sozialdemokratie als angebliche Arbeiterpartei für die Arbeiter getan hat, könnt Ihr am besten erleben, wenn Ihr beachtet, wie sich die sozialdemokratische Fraktion unserer **sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung** gegenüber verhalten hat. Sie hat gestimmt:

- 1883 gegen die Krankenversicherung,
- 1884 gegen die Unfallversicherung,
- 1889 gegen die Invaliditäts- und Altersversicherung,
- 1890 gegen das Gesetz betr. Einführung der Gewerbegerichte,
- 1891 gegen das Arbeiterschutzgesetz,
- 1895 gegen das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes,
- 1890 gegen das erste Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers,
- 1894 das verschärfte Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers,
- 1896 gegen das Bürgerliche Gesetzbuch.

Wenn die bürgerlichen Parteien diese Gesetze nicht in heftigem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zustande gebracht hätten, so sähe es um den Arbeiterstand heute traurig aus und der Mittelstand wäre noch viel schlimmer daran als heute. Die sozialdemokratische Partei hat gegen die **Arbeiterwohlfahrtsgesetze** gestimmt. Das nennt sich „Arbeiterpartei“!

Die sozialdemokratischen Agitatoren versprechen Euch das Blaue vom Himmel herunter. Glaubt ihnen nicht! Sie wollen nicht Eure Zufriedenheit, sondern sie schüren Eure Unzufriedenheit. Zufriedene Arbeiter sind den sozialdemokratischen Führern ein Greuel; denn nur wo Unzufriedenheit herrscht, blüht ihr Weizen.

Habt Ihr vergessen, wie **Bebel** im Herbst 1903 auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Dresden gewütet hat gegen die „ehemaligen Proletarier in gehobenen Lebensstellungen“, „die eben jetzt einen gewissen Abbruch ihrer Lebenslage sehen?“ **Bebel** war allerdings so gnädig, zuzugeben, daß diese gutentlohten

Arbeiter, die zufrieden

sind mit ihrem Loos, wenigstens nicht „absichtlich Verrät“ üben an der Sozialdemokratie. Aber er ließ keinen Zweifel darüber, daß er sie eben wegen ihrer Zufriedenheit als **Verräter** einschätzt und als

„faule Elemente“

in der Partei ansteht.

Arbeiter! Die sozialdemokratischen Agitatoren versprechen Euch, daß ein **Herrenleben** für Euch beginnen soll, wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft gelangt. Glaubt nicht daran!

Zu Dienern der Sozialdemokratie

will man Euch machen, darauf kommt es ihnen an. Ihr habt Euch organisiert in Gewerksvereinen und in Gewerkschaften. Ihr wißt aber selbst ganz genau, wie die sozialdemokratischen Agitatoren über diese Eure Berufsvereine geringschätzig denken, sobald sie nicht bloße Rekrutenschulen für die sozialdemokratische Partei sein wollen.

Gewerkschaftskretinismus, d. h. geistiges Krüppeltum,

schilt die sozialdemokratische Presse das Streben der Gewerkschaftsführer, vor den politischen Zielen der Sozialdemokratie die Arbeiterinteressen ihrer Mitglieder zu fördern.

Ihr erinnert Euch doch alle, wie die sozialdemokratischen Führer im Jahre 1905 Eure

Gewerkschaftsführer als dumme Jungen

bekannt haben, die nicht wissen, was sie wollen. Im Mai 1905 hatte in Köln der Kongreß der Gewerkschaften sich gegen die Agitation für die Idee eines Massenstreiks ausgesprochen. Aber der sozialdemokratische Parteitag in Jena ließ einige Monate später diesen Beschluß einfach um und verherrlichte den Gedanken des Massenstreiks. Eure Gewerkschaftsleiter sollten nun sofort als schmeichelei öffentlich rühmen, was sie kurze Zeit zuvor feierlich als fohlpredraben-schwarz verurteilt hatten.

War es da nicht begreiflich, daß in leicht verständlichem Unmut der Gewerkschaftsführer **Bünelburg**, der auch als Abgeordneter dem Reichstag angehört hat, den sozialdemokratischen Führern vorwarf:

„Also wir haben uns in der Gewerkschaftsbewegung einfach untergeordnet, andere bestimmen und wir haben zu gehorcht.“

Gemüß! Das wird von den sozialdemokratischen Führern als ganz selbstverständlich angesehen.

Karl Kautsky, der unter den großen Propheten der Sozialdemokratie der größte ist, und innerhalb der sozialdemokratischen Partei als der genaueste Kenner der echten und wahren sozialdemokratischen Lehre angesehen wird, eröffnete im Herbst 1906 in mehreren Artikeln der „Neuen Zeit“ über die Idee und die Bedeutung des **Klassenkampfes** Euch Arbeitern, soweit Ihr Mitglieder von Gewerkschaften seid.

die trostlose Aussicht auf einen Kampf ohne Ende,

dem selbst nach Errichtung des sozialdemokratischen Zukunftsstaates ein Friedensschluß nicht folgen würde. Denn auch in diesem Zukunftsstaat wird es immer und ewig Leute geben, die mit ihrer Lage unzufrieden sind und zugunsten der **Schicksalsgenossen den Klassenkampf** zur Eroberung der ihnen nach ihrer Ansicht mit Unrecht vorenthaltenen Rechte predigen. Erst wenn der **letzte Unzufriedene** zufrieden ist, erst dann soll der Klassenkampf zu Ende sein. Glaubt Ihr wirklich, daß Eure Ur-Ur-Enkel das erleben werden? Bis dahin sollen aber die Mitglieder der Gewerkschaften die

gehorsamen Diener der Sozialdemokratie

bleiben; denn welche Formen die Verhältnisse zwischen Partei und Gewerkschaften auch annehmen mögen, so rief **Kautsky** im letzten Herbst Euren Gewerkschaftsführern zu:

Stets erweist sich dabei die Partei als das richtunggebende Element, wenn sie nur einigermaßen Kraft und politische Bedeutung erlangt hat, und sind es die Gewerkschaften, die ihre **Zatit nach der Partei einzurichten haben, und nicht umgekehrt.**

Die Mitglieder der Gewerkschaften sollen gehorchen und den Mund halten, wenn die sozialdemokratischen Führer befehlen. So sieht die sozialdemokratische Freiheit aus.

Arbeiter! Wenn die Sozialdemokraten wirklich die aufrichtigsten Freunde des Volkes wären, wie wollt Ihr es Euch erklären, daß sie gerade in den **Wahlkämpfen**, also regelmäßig, wenn es darauf ankommt, **Anhänger** zu gewinnen, den

wahren Charakter ihrer Partei zu verhüllen suchen.

Sie müssen doch fürchten, daß sehr viele Wähler, auf deren Stimmen sie rechnen, sich hüten würden, einen Sozialdemokraten zu wählen, wenn dessen Partei im **Wahlkampf** klipp und klar erkennen ließe, was sie wirklich anstrebt.

Arbeiter! Achtet darauf, wie die sozialdemokratischen Agitatoren in den **Wahlflugblättern** und in den Wahlreden eine

unglaubliche Anpassungsfähigkeit an bürgerliche Anschauungen

entwickeln. Sie täuschen Euch

fast ausschließlich alte liberale Forderungen als sozialdemokratische

auf. Von ihren **eigentlichen Zielen** aber schweigen sie. Das ist begreiflich, denn ihr Streben geht vor allem dahin, im **Wahlkampf**

„Mitläufer“ zu fangen,

die da wähen, ihrer Unzufriedenheit über Mängel in den bestehenden Zuständen durch einen sozialdemokratischen Stimmzettel den kräftigsten Ausdruck geben zu können.

Glaubt Ihr denn, daß die drei Millionen Stimmen, die bei den letzten Wahlen für Sozialdemokraten abgegeben worden sind, auch nur zur Hälfte von wirklich überzeugten Sozialdemokraten herrühren? Ihr wißt ganz genau, daß die meisten Eurer Arbeitskollegen von einem

Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung,

wie ihn die Sozialdemokratie erstrebt, nichts wissen wollen. Schon am 31. März 1881 erklärte **Bebel** wörtlich im Reichstage:

Wir erstreben auf politischem Gebiet die Republik, auf dem ökonomischen den Sozialismus und auf dem, was man heute das religiöse Gebiet nennt, den Atheismus.

Bebel sagte an demselben Tage auch:

„Daß die Sozialdemokratie ihrem Wesen nach **revolutionär** ist, das haben wir niemals bestritten.“

Auch auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Hannover hat **Bebel** 1899 ausdrücklich erklärt, daß es ihm darauf ankommt, mit der Zunahme

der Anhängererschaft die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung von Grund auf umzugestalten; denn die Sozialdemokratie sei als revolutionäre Partei bemüht, an Stelle der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung eine von Grund aus anders gestaltete, eine sozialistische zu setzen, die mit der bürgerlichen unvereinbar ist.

Auch auf dem Parteitage in Dresden rief 1903 Bebel aus:

„Ich will der Todfeind dieser bürgerlichen Gesellschaft und dieser Staatsordnung bleiben, um sie in ihren Existenzbedingungen zu untergraben und sie, wenn ich kann, beseitigen.“

Arbeiter! Wollt Ihr wirklich den Umsturz der heutigen Staatsordnung? Und glaubt Ihr, daß es Euch besser gehen wird, wenn der

Diktator Bebel regiert?

Erinnert Euch doch daran, wie der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete v. Vollmar auf dem Parteitage in Dresden im Herbst 1903 den

Herrschergelüsten Bebel's

entgegneten mußte: „Ich frage Sie“, so rief Vollmar den Mitgliedern des Parteitags zu:

„In welchem Tone ist von Bebel zur ganzen Partei gesprochen worden: Ich werde nicht dulden, ich werde den Kopf waschen, ich hoffe meinen Feinden und meinen Feinden noch manche schwere Stunde zu bereiten. Ich habe die Massen hinter mir, ich werde Abrechnung halten, ich, ich, ich. Ist das die Sprache eines Gleichen zu Gleichen, oder nicht viel mehr die Sprache eines Diktators? So hat der Lordprotector Cromwell zum langen Parlament gesprochen.“

In derselben Rede rief Vollmar auch mit Bezug auf die in der sozialdemokratischen Partei herrschenden Zustände:

„Das ist keine Meinungsfreiheit, wenn sofort, sobald einer den Mund aufst, um etwas zu sagen, was den anderen nicht gefällt, diese anderen wie ein Rudel Wölfe über ihn herfallen und ihn abknappen und ihn wie einen Zauwrauten oder Verbrecher hinstellen. Ein so gestärktes Recht ist unerschätzbar so viel wert wie das militärische Beschwerderecht. Da heißt es auch: „Du da sit dich jederzeit beschweren; wenn du es aber tust, dann soll dich der Teufel holen.“

Arbeiter! Wenn derart ein sozialdemokratischer Führer über die Meinungsfreiheit innerhalb der sozialdemokratischen Partei urteilt, müßt Ihr doch kühnig werden, ob denn die Sozialdemokratie wirklich eine aufrichtige Vertreterin Eurer wahren Interessen ist.

Unter allen bürgerlichen Parteien sind die

Freisinnigen

am meisten den Vorwürfen aus dem sozialdemokratischen Lager ausgesetzt. Auch in diesem Wahlkampfe richtet die Sozialdemokratie, obgleich sie hauptsächlich freisinnige Forderungen als die ihrigen ausgibt, vor allem Angriffe und Vorwürfe gegen die Freisinnige Volkspartei. Die sozialdemokratischen Agitatoren wissen sehr wohl, daß einsichtsvolle Arbeiter viel eher eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse von den liberalen Parteien erwarten dürfen als von den Unzufriedenheit und Zwietracht stiftenden

Verhegungen der Sozialdemokratie.

Der beste Kandidat für die Arbeiter ist der freisinnige Kandidat. Gebt ihm, der Eure Sache im Reichstag wirklich fördern wird, am 25. Januar Eure Stimme.

Reichstagswähler in Stadt und Land! Wählt den

Stadtverordneten Karl Schmidt.

Der Verein der Liberalen in Halle und dem Saalkreis.

Die sozialdemokratische Presse und die sozialdemokratischen Hebamstetel im Bande suchen im Wahlkampf den Haß, besonders gegen die Freisinnige Volkspartei, zu schüren. Sie hüten sich aber, die Forderungen zu erwähnen, welche die

Freisinnige Volkspartei zur Besserung der Lage der Arbeiter

erhebt und im Parlament nachdrücklich zur Geltung bringt. Im Eisenacher Programm der Freisinnigen Volkspartei von 1894 heißt es wörtlich:

Die Partei erstrebt in bezug auf alle Arbeitgeber und Arbeitnehmer Förderung aller auf friedliche Verhändigung zielenden Einrichtungen, gesetzliche Anerkennung der freien Berufsvereine zugleich als berechtigter Interessenvertretung, Sicherung und Verallgemeinerung der Koalitionsfreiheit, Freizügigkeit, Ausban der Arbeiterjugendbeschäftigung, insbesondere zum Schutz der Arbeitnehmer gegen mißbräunliche Anforderungen an ihre Arbeitskraft, Gestaltung der öffentlichen Betriebe zu sozialen Musteranstalten, zeitgemäße Regelung der Rechtsverhältnisse der in Haus- und Landwirtschaft beschäftigten Personen, Vereinfachung und Verbesserung der Arbeiterversicherung, namentlich auch durch Förderung der auf Selbsthilfe und Selbstverwaltung beruhenden freien Hilfsklassen der Arbeitnehmer.

Sind das arbeiterfeindliche Forderungen? Wie aber handelt die Sozialdemokratie gegenüber diesen Forderungen? Wenn Liberale neue Gesetzesbestimmungen zum Besten der Arbeiter beantragen, dann kommt sofort die Sozialdemokratie und sucht unter Mißachtung und Herabwürdigung des Geforderten das Erreichbare zu überbieten durch die weitgehendsten

unerfüllbaren Forderungen,

ausschließlich in der Absicht, bei der Agitation die Sozialdemokraten als die einzigen wahren Freunde der Sozialdemokratie hinzustellen. Damit wird den bürgerlichen Parteien die Fortbildung der Arbeiterbeschäftigung geradezu verleidet.

Die Sozialdemokratie aber hat auf politischem Gebiete nichts Positives für die Arbeiter geleistet; sie hat nicht das mindeste zum Zustandekommen irgend eines sozialpolitischen Gesetzes getan. Die sozialdemokratische Partei hat als solche auch gar

kein Interesse an der Erfüllung der Arbeiterforderungen;

denn je mehr Forderungen erfüllt werden, je zufriedener die Arbeiter werden, je wohler sie sich im Gegenwartstaat befinden,

um so geringer wird die Werbekraft der sozialdemokratischen Parteilehre.

Arbeiter! Nun urteilt selbst. Wollt Ihr stetig fortschreitende Verbesserung Eurer Lage auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung, erstrebt Ihr friedlichen Ausgleich der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf der Grundlage voller Gleichberechtigung, so wählt nicht sozialdemokratisch.